

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Eidg. Finanzverwaltung
Abteilung Ausgabenpolitik
Bundesgasse 3
3003 Bern

29. April 2010

Konsolidierungsprogramm 2011 – 2013 für den Bundeshaushalt (KOP 11/13) und Ausgabenüberprüfung, Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die finanzpolitischen Prioritäten der EVP lauten: Schuldenabbau vor Steuersenkung. Entsprechend hat die EVP die Aufgabenüberprüfung oder Verzichtsplanung des Bundesrates immer begrüsst. Heute stehen wir vor der wenig angenehmen Aufgabe, zu bezeichnen, wo genau gespart werden soll. Dabei gilt es, auch bei unpopulären Entscheiden, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Die EVP macht in diesem Zusammenhang aber auch darauf aufmerksam, dass es der Bund angesichts kommender Herausforderungen, insbesondere bei den Sozialwerken, nicht unterlassen darf, neue Finanzierungsquellen ins Auge zu fassen, beispielsweise mit einer Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Bundesebene (mit einer hohen Freigrenze für die direkten Nachkommen) oder einer Kapitalgewinnsteuer.

1. Zusammenfassung

Die EVP ist mit der Vorlage mehrheitlich einverstanden. Sie begrüsst insbesondere

- die finanzpolitisch konservative Grundhaltung,
- die schwergewichtig ausgabenseitige Konsolidierung,
- den angestrebten Reduktionspfad des Stellenbestands in der Verwaltung,
- die Erhöhung der Tabaksteuer als Suchtpräventionsmassnahme.

Sie fordert den Bundesrat hingegen dazu auf,

- beim Beratungs- und Kommunikations-Aufwand deutlich mehr zu sparen,
- bei der IT-Infrastruktur die gemäss Insidern gewaltigen Potentiale für Effizienzsteigerung zu realisieren und vermehrt auf OpenSource-Software zu setzen,

- an der Aufstockung der Entwicklungshilfe festzuhalten,
- auf die Unternehmenssteuerreform III zu verzichten,
- bei der Armee neue Dienstmodelle vorzulegen, welche die Bestände deutlich reduzieren und ein mittleres Technologieniveau mit höchstens den aktuellen Mitteln ermöglichen,
- die heute sehr tiefe Besteuerung der gebrannten Wasser deutlich zu erhöhen. Dazu ist der Bundesrat laut Alkoholgesetz ermächtigt.

Von den im Konsolidierungsprogramm vorgeschlagenen Massnahmen lehnt die EVP ab:

- die Kürzung der Gelder für Jugend+Sport,
- die Kürzung der Kredite für Aids-, Alkohol-, Tabak- und Drogenprävention und für Organisationen, die Gesundheitsförderung betreiben,
- die Erhöhung der Mindestnachfrage von 32 auf 100 Personen pro Tag, damit eine Linie des regionalen Personenverkehrs vom Bund abgegolten wird,
- die Kürzung der Kredite für den Bau von Terminalanlagen und Anschlussgleisen beim Güterverkehr,
- die Einsparungen im Bereich Wald und Wasser,
- die Kürzung der Beiträge an die landwirtschaftlichen Beratungszentralen und für den Erhalt der pflanzengenetischen Ressourcen,
- die Aufhebung der indirekten Presseförderung (verbilligte Zeitungstransporte).

2. Grundzüge der Vorlage

Die EVP unterstützt die schwergewichtig ausgabenseitige Konsolidierung. Neue staatliche Aufgaben oder gesellschaftliche Veränderungen rechtfertigen zwar neue Steuereinnahmen. Die ausgabenseitige Überprüfung und Konsolidierung ist hingegen von Zeit zu Zeit zwingend, damit das Gemeinwesen wie bei einem gut gepflegten Obstbaum zurückgeschnitten und auf ein gesundes Mass zurechtgestutzt werden kann. Während die EVP die Diskussion um die richtige Höhe der Staatsquote als nicht zielführend betrachtet, ist offensichtlich, dass man sich Gedanken machen muss, wenn der Staatshaushalt schneller wächst als die Wirtschaft. Das kann nicht ewig so bleiben.

Die EVP begrüsst auch die Bemühungen des Bundesrates, die ursprünglich im Rahmen der Aufgabenüberprüfung festgelegten Prioritäten zu respektieren, Ausgewogenheit zwischen den Sparbeiträgen im Transfer- und im Eigenbereich der Verwaltung zu erzielen und Lastenabwälzungen auf die Kantone möglichst zu vermeiden.

2.1. Beurteilung der Massnahmenpakete des KOP 11/13

Der Bund schlägt sechs Massnahmenpakete vor. Die Pakete I (Kompensation von im Rahmen der Konjunkturprogramme bereits vorgezogenen Investitionen), II (Teuerungskorrektur bei den ungebundenen Ausgaben) und V (Korrektur der Passivzinsen aufgrund tieferer Verschuldung bzw. tieferem Verschuldungsanstieg) sind für die EVP absolut selbstverständliche Korrekturen, die hoffentlich auch ohne Konsolidierungsprogramm vorgenommen worden wären. Sie machen in den ersten beiden Jahren den Löwenteil der Entlastung aus. Erst 2013 entfällt die Hauptreduktion auf die Pakete III (Querschnittskürzungen bei Personal, Beratungsaufwand und

Informatik) und IV (Massnahmen Aufgabenüberprüfung) und damit auf „eigentliche“ und nachhaltig wirksame Konsolidierungsmassnahmen.

Paket I: Kompensation vorgezogener Investitionen

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass für die Jahre 2010 ff. geplanten und im Rahmen der Konjunkturprogramme vorgezogenen Investitionen nun in der weiteren Finanzplanung kompensiert werden. Dieses Geld ist bereits ausgegeben und führt zu keiner echten Entlastung.

Paket II: Teuerungskorrektur

Ebenfalls begrüsst es die EVP, dass die Ausgabenpositionen generell an die tiefere Inflation angepasst werden, wo dies nicht bereits geschehen ist. Die EVP ist der Ansicht, dass dies grundsätzlich immer geschehen sollte (auch wenn eine tiefere Inflation als erwartet eher die Ausnahme bilden dürfte). Andernfalls wachsen die Ausgaben real stärker als ursprünglich erwünscht.

Paket III: Querschnittsmassnahmen im Eigenbereich der Verwaltung

Hingegen handelt es sich bei den Massnahmen in den Bereichen Personal, Beratung und Informatik um „echte“ und nachhaltig wirksame Entlastungsmassnahmen.

Personal

Die EVP begrüsst die Bestrebungen des Bundesrates, den Personalbestand in der Verwaltung ab 2011 um 1% und ab 2013 um 2% zu reduzieren, besonders wenn dieser Abbau über natürliche Abgänge erfolgen kann. Es sind unter anderem auch die vielen kleinen Dinge und Aufgaben, welche die Verwaltung naturgemäss anwachsen lassen. Eine generelle Reduktion der Stellenbestände ist nach Ansicht der EVP die einfachste und wirksamste Massnahme, um sich von solchen, vielleicht überholten Aufgaben zu trennen.

Zweitens kritisiert die EVP den in den letzten Jahren stark angestiegenen Kommunikationsaufwand der einzelnen Bundesstellen als masslos überrissen. Die bundeseigenen Kommunikationsabteilungen dienen im schlimmsten Fall der Desinformation, indem sie nur ein Ziel kennen: den eigenen Bundesrat und das eigene Amt im bestmöglichen Licht erscheinen zu lassen. Der Öffentlichkeit werden vermehrt geschönte Informationen vorgesetzt, zumal der Ausbau der Informationsdienste beim Bund mit einem Abbau der Redaktionsbudgets einhergeht. Fehlt aber eine Instanz, welche die von Kommunikationsprofis aufgepeppten Informationen kritisch durchleuchtet, nimmt der Staat längerfristig Schaden. Der Bundesrat sollte sich hier auf einen eigentlichen „Aufrüstungsstopp“ einigen und die Ausgaben für die Kommunikationsarbeit langfristig senken. Ein Dorn im Auge sind der EVP insbesondere die vielen Plakatkampagnen des Bundes, welche in ihrer Wirkung äusserst bescheiden sein und die eigentlichen Zielgruppen oft kaum erreichen dürften.

Beratungsaufwand

Die Aufwendungen für externe Beratungen, Studien und Expertisen sind der EVP viel zu hoch und die angestrebten Kürzungen in diesem Bereich nicht ausreichend. Hier muss deutlich mehr gespart werden. Gute Entscheidungsgrundlagen sind zwar wichtig und unverzichtbar. Die „Gutachtitis“ kostet den Bund aber ein Riesengeld und ist nie das wert, was sie kostet. Zu oft wird mit den teuren Aufträgen letztlich Offensichtliches oder sogar Banales konstatiert und aufbereitet. Zweitens besteht durchaus die Gefahr, dass dem Bund nahestehende

Beratungsunternehmen immer wieder zu lukrativen Folgeaufträgen kommen. Ganze Büros leben von ständigen Aufträgen des Bundes. Wer liest alle diese Gutachten? Die EVP ermutigt Bundesrat und Verwaltung vermehrt auf eigene Überlegungen abzustellen und dabei auch den gesunden Menschenverstand zu benutzen, denn auf manchmal nur vordergründig fundiertere, externe Analysen.

Informatik

Die EVP begrüsst die Bemühungen, die Gesamtwirtschaftlichkeit der IT-Infrastruktur des Bundes weiter zu verbessern. Insbesondere muss das Kompetenzgerangel innerhalb der Verwaltung beendet und alle IT-relevanten Dienstleistungen künftig von einer Stelle erbracht werden (Stichwort E-Government). Zweitens sind die gemäss Insidern gewaltigen Potentiale zur Effizienzsteigerung zu realisieren. Schliesslich regt die EVP an, im Rahmen des Programms Büroautomation Bund künftig nicht ausschliesslich auf teure Microsoft-Produkte abzustellen, sondern den Einsatz von OpenSource-Software für Basisaufgaben und -arbeitsplätze ernsthaft in Betracht zu ziehen.

Paket IV: Massnahmen aus der Aufgabenüberprüfung

Die EVP begrüsst die Zerteilung der Aufgabenüberprüfung: den Entscheid, grössere Aufgabenverzicht sorgfältig und nach eigenem Fahrplan vorzubereiten, jedoch kurzfristig und ohne komplizierte Gesetzesanpassungen umsetzbare Aufgabenverzicht bereits im Rahmen des Konjunkturprogramms vorzulegen. Sie begrüsst auch, dass es nicht bloss bei Absichtserklärungen bleibt, sondern bereits eine konkrete Umsetzungsplanung für die Aufgabenüberprüfung vorliegt. Zu einigen der vorgeschlagenen Sparaufträgen und kurzfristig realisierbaren Gesetzesänderungen äussert sich die vorliegende Vernehmlassung in den Abschnitt 3 und 4.

Paket V: Entlastung bei den Passivzinsen

Wie bereits angetönt, ist die Korrektur der Passivzinsen eine Selbstverständlichkeit, die auch ohne Konsolidierungsprogramm vorgenommen werden muss. Die EVP nimmt aber die Gelegenheit gerne wahr, dem Bundesrat und der Verwaltung für die gute Arbeit und die Ausgabendisziplin der letzten Jahre zu danken, die – selbstverständlich auch dank externen Faktoren – zu namhaften Überschüssen und einem Schuldenabbau von 20 Milliarden Franken seit 2005 geführt hat. Das ist keineswegs selbstverständlich und angesichts der Situation im übrigen Europa schon fast ein kleines Wunder. Der Schuldenabbau ist nach Erachten der EVP aber auch absolut nötig, gilt es doch künftigen Generationen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen vorhandener Infrastruktur und finanziellen Verpflichtungen zu hinterlassen. Nicht zuletzt deshalb unterstützt die EVP das vorliegende Konsolidierungsprogramm. Sollte sich die konjunkturelle Grosswetterlage schliesslich etwas günstiger herausstellen als prognostiziert: umso besser. Solange keine unverantwortlichen Einschnitte vorgenommen wurden, werden allfällige Überschüsse mit Verweis auf den nötigen Schuldenabbau hochwillkommen sein.

Paket VI: Einnahmenseitige Massnahmen

Die EVP begrüsst die vorgeschlagenen, einnahmenseitigen Massnahmen, auch wenn sie im Rahmen dieses Konsolidierungsprogramms richtigerweise nicht im Vordergrund stehen. Sie unterstützt insbesondere die Erhöhung der Tabaksteuer, wenn auch nicht in erster Linie als Entlastungs-, sondern als Suchtpräventionsmassnahme. Sie schlägt vor, auch die sehr tiefe

Besteuerung der gebrannten Wasser anzuheben. Dies läge gemäss Alkoholgesetz in der Kompetenz des Bundesrates und wäre auch der Prävention zuträglich.

2.2. Drohende Mehrbelastungen

Aufstockung der Entwicklungshilfe

Die angestrebte Aufstockung der Entwicklungshilfe auf 0.5% des Bruttonationaleinkommens führt zu einer erheblichen Mehrbelastung (ca. ein Fünftel der durch diese Vorlage angestrebten Konsolidierung). Dennoch will die EVP daran festhalten und die Aufstockung aufgrund der glaubhaften Beteuerungen des Bundesrates, sie sei anders nicht finanzierbar, durch neue Einnahmen finanzieren. Die Solidarität der Schweiz mit den wenig entwickelten Ländern der Dritten Welt ist ausbaufähig. Wichtig ist, dass die Nachhaltigkeit der Entwicklungshilfe gegeben ist und wirklich die Lebensumstände der Bevölkerung verbessert, die Korruptionsbekämpfungen der entsprechenden Regierungen glaubhaft und wirksam sind und dass auch christlich-soziale Hilfswerke unterstützt werden.

Ausbau Nationalstrassennetz

Für die EVP ist der weitere Ausbau des Nationalstrassennetzes um 400 Kilometer nicht vordringlich. Sie teilt die Ansicht des Bundesrates, dass ein Ausbau höchstens dann in Frage kommt, wenn Betrieb und Unterhalt vollumfänglich durch die Kantone kompensiert werden und die Mineralölsteuer zwecks Finanzierung des Ausbaus erhöht wird.

Neudotierung der Ausgleichsgefässe NFA

Die EVP teilt die Auffassung des Bundesrates, dass eine Aufstockung der Ausgleichszahlungen weder vorzeitig noch bei der Neudotierung der Ausgleichsgefässe für die Jahre 2012 bis 2015 zu rechtfertigen ist. Wenn sich der Bund grundsätzlich bemüht, keine Lasten auf die Kantone abzuwälzen, dürfen diese umgekehrt auch nicht immer beim Bund die hohle Hand machen. Es ist nun mal einfach so, dass man leichter fordert, wenn der andere zahlen muss. Diese Anspruchshaltung darf nicht gefördert werden. Generell sollte gelten: wer befiehlt, zahlt.

Verzicht auf die Unternehmenssteuerreform III

Die EVP fordert den Bundesrat auf, auf die Unternehmenssteuerreform III zu verzichten. Als dritte Entlastung der Unternehmen in wenigen Jahren und mit einem Einnahmenausfall von rund 500 Millionen lässt sie sich nicht rechtfertigen. Es rächt sich jetzt, dass man mit der USR II nicht die Unternehmen, sondern die Aktionäre entlastet hat. (Die gemilderte Doppelbesteuerung entlastet die Steuerrechnung der Aktionäre, nicht der Unternehmen.) Jetzt muss man in den sauren Apfel beissen und auf die USR III verzichten. Nach dem ebenfalls teuren, vorzeitigen Ausgleich der kalten Progression liegen weitere Steuergeschenke schlicht nicht drin. Gleiches gilt für die beiden Bausparinitiativen, welche die EVP entschieden ablehnt.

Armee muss mit aktuellen Mitteln auskommen

Der von der Armee geltend gemachte Mehrbedarf liegt schlicht nicht drin. Um bei sinkenden Mitteln ein mittleres Technologieniveau halten zu können, wird die Armee um eine Senkung der Bestände kaum herumkommen. Damit dabei die Wehrgerechtigkeit gewahrt bleibt, müssen auch radikale Schnitte wie die Abkehr vom WK-Modell unvoreingenommen geprüft werden.

Mehrbedarf der SBB

Die EVP unterstützt die Bemühungen des UVEK, die Balance zwischen den Mitteln, welche für Erweiterungen zur Verfügung stehen und denjenigen für den Substanzerhalt wieder herzustellen. Ein gewisser Mehrbedarf für Unterhalt und Erneuerung der Schieneninfrastruktur dürfte unbestritten sein. Dazu haben auch die Bahnfahrenden ihren Beitrag zu leisten. Inwiefern die Billetpreise jährlich stärker steigen dürfen als die Teuerung, ist für die EVP jedoch noch eine komplett offene Frage. Ein gewisser Anstieg lässt sich rechtfertigen, weil auch die Leistungen stark verbessert und ausgebaut werden. Denkbar wäre auch eine Finanzierung durch einen höheren Anteil an der Treibstoffsteuer wie durch die Initiative für den öffentlichen Verkehr vorgesehen. Auf „Prestigebauten“, die bloss ein paar Minuten Zeitgewinn bringen, ist zu verzichten. Der Schwerpunkt muss eindeutig auf der Beseitigung von Strecken- und Angebotsengpässen, dem Unterhalt der Anlagen und der Investition in modernes Rollmaterial liegen.

3. Beurteilung einzelner Massnahmen im Detail

3.1. Zivile Bauten und Logistik (jährlich 15 Millionen Entlastung)

Die EVP ist mit den vorgeschlagenen Einsparungen im Bereich Zivile Bauten und Logistik einverstanden. Es ist durchaus vertretbar, dass Projekte wie die Cinémathèque in Penthaz oder der Neubau Schweizerisches Nationalmuseum später in Angriff genommen werden als geplant. Wichtig ist der EVP hingegen, dass Arbeit und Funktionsweise bspw. des Bundesstrafgerichts in Bellinzona durch die verzögerten Bauprojekte nicht übermässig eingeschränkt werden. Auch mit den tieferen Standards in den Auslandsvertretungen von EDA und VBS erklärt sich die EVP vorbehaltlos einverstanden. Sie dürften nach wie vor mehr als ausreichend sein.

3.2. Verschiedene Massnahmen im EDA (6.6 bis 10.1 Millionen)

Die EVP ist mit der Umstrukturierung des Aussennetzes (Schliessung der Konsulate in Düsseldorf und Genua) einverstanden, dessen Evaluation ohnehin regelmässig erfolgt. Sie begrüsst auch die alleinige Finanzierung der drei Genfer Zentren für Sicherheitspolitik, für humanitäre Minenräumung und für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte durch das EDA, weil damit die Voraussetzungen für die tatsächliche Wahrnehmung von Synergien einschliesslich einer eventuellen, späteren Zusammenlegung der Zentren gegeben sind. Es gilt zu prüfen, inwiefern diese Zentren für die praktische Aussenpolitik von Regierung und Parlament tatsächlich von Nutzen sind, oder ob nicht von der guten Arbeit der renommierten Zentren anderer Staaten profitiert werden könnte. Die EVP unterstützt schliesslich auch die angestrebten Einsparungen bei Präsenz Schweiz.

3.3. Verteidigung (83 bis 103 Millionen)

Der vorläufige Verzicht auf neue Rüstungsvorhaben (geschützte Mannschaftstransportfahrzeuge, Piranha-Panzer, Nachrüstung Führungsinformationssystem Heer) ist richtig. Wie bereits angedeutet, wird die Armee um eine grundsätzliche Neuausrichtung nicht herumkommen. Die EVP bevorzugt deutlich verkleinerte Bestände, wenn dafür das mit der Armee XXI angestrebte mittlere Technologieniveau erreicht werden kann. Damit die Wehrgerechtigkeit gewahrt bleibt, müssen auch radikale Schnitte wie die Abkehr vom WK-Modell und die Beschränkung auf die besser planbaren und wohl auch mit einem höheren Ausbildungsniveau verbundenen Durchdienermodelle unvoreingenommen geprüft werden. Entscheidend ist dabei die Senkung

der Betriebskosten. Die EVP erwartet mit Spannung die diesbezüglichen Vorstellungen des Bundesrates im Armeebericht.

3.4. Verschiedene Massnahmen im VBS (1.2 bis 3.8 Millionen)

Die EVP ist mit der Kürzung der Beiträge an die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich einverstanden. Sie lehnt hingegen die Kürzung der im Rahmen von Jugend+Sport zur Verfügung stehenden Gelder rundweg ab. Mit diesen Mitteln werden oft hochstehende Angebote der ausserschulischen Jugendarbeit finanziert, die positive Auswirkungen auch bezüglich Gesundheitsförderung und Integration haben. Es sind dies sehr gut investierte Gelder, deren Kürzung auch einen Rückgang der ehrenamtlichen Arbeit in den betroffenen Vereinen zur Folge hätte. Sind diese Freiwilligen aber einmal verloren, werden sie sich auch bei künftig vielleicht wieder grösseren Krediten nicht mehr so einfach reaktivieren lassen.

3.5. Bildung und Forschung (45.9 bis 63.2 Millionen)

Die moderaten und zielgerichteten Kürzungen im Bildungs- und Forschungsbereich werden von der EVP mitgetragen. Es handelt sich um massvolle Korrekturen, die angesichts der nach wie vor wachsenden Forschungsmittel der öffentlichen Hand verantwortet werden können.

3.6. Ergänzungsleistungen AHV/IV (13 Millionen)

Eine neue Berechnungsbasis korrigiert die nicht NFA-konforme Mehrbelastung des Bundes und führt zu entsprechenden Mehrausgaben der Kantone. Die Korrektur dieser nicht gewünschten und nicht gewollten Lastenverschiebung zuungunsten des Bundes wird von der EVP begrüsst.

3.7. Invalidenversicherung (112 bis 119 Millionen)

Die über Erwartungen gesunkenen Neurenten haben einen tieferen Beitrag des Bundes an die IV zur Folge. Es erscheint der EVP nur logisch, dass der Finanzplan entsprechend angepasst wird.

3.8. Krankenversicherung (32 bis 36 Millionen)

Der Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung entspricht 7.5% der Kosten in der Grundversicherung. Der Bundesrat hofft, diesen Betrag aufgrund der kostendämpfenden Massnahmen im Gesundheitswesen ebenfalls kürzen zu können. Allerdings handelt es sich dabei um noch nicht realisierte Einsparungen und es besteht durchaus die Gefahr, dass der Effekt der beschlossenen Massnahmen durch andere Faktoren wieder weggefressen wird. Entsprechend hat dieser Entlastungsposten im Konsolidierungsprogramm als unsicher zu gelten.

3.9. Familienergänzende Kinderbetreuung (4.2 bis 10.7 Millionen)

Die Anschubfinanzierung für Kindertagesstätten ist um weitere vier Jahre verlängert worden. Der gesamthaft zur Verfügung stehende Verpflichtungskredit von 140 Millionen soll nun auf 80 Millionen gekürzt werden. Neu sollen nur noch Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter und zweitens nur noch neue Institutionen und nicht mehr solche, die ihr bestehendes Platzangebot ausbauen während zwei (bisher drei) Jahren von der Starthilfe des Bundes profitieren können. Da es sich um eine Anschubfinanzierung handelt, ist eine Verstetigung dieser Finanzhilfen zu vermeiden und ein sukzessiver Ausstieg des Bundes aus diesem finanziellen Engagement anzustreben.

3.10. Migration (5 bis 7 Millionen)

Die EVP unterstützt die im Migrationsbereich vorgeschlagenen Massnahmen mit Ausnahme der verringerten Unterstützung von Modellvorhaben im Bereich berufliche Integration vorläufig Aufgenommener. Diese möchte die EVP nicht kürzen. Der Bundesrat schreibt selber, dass das frühzeitige Ergreifen von Massnahmen für eine erfolgreiche Integration bedeutsam ist. Und die berufliche Integration begünstigt ganz eindeutig auch eine im Übrigen erfolgreich verlaufende Integration. Weil sie aber nicht einfach zu bewerkstelligen ist und der Arbeitsmarkt nicht unbedingt auf diese Leute gewartet hat, sind die entsprechenden Modellvorhaben im vorgesehenen Umfang weiterzuführen.

3.11. Gesundheit (2.7 Millionen)

Die EVP lehnt die Kürzung der Kredite „Präventionsmassnahmen“ (Aids-, Alkohol-, Tabak-, und Drogenprävention, Massnahmen für gesunde Ernährung und Bewegung) und „Gesundheitsförderung und Prävention“ (Beiträge an Organisationen, die Gesundheitsförderung betreiben wie z.B. Lungen- oder Rheumaliga) ab. Es handelt sich um ein vergleichsweise bescheidenes Einsparpotential, welches jedoch vergleichsweise hohe Auswirkungen auf die betroffene Präventionsarbeit haben kann.

3.12. Nationalstrassenbau (20 Millionen im 2013)

Die EVP steht uneingeschränkt hinter den Einsparungen, die dank einer zeitlichen Verschiebung der aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Vorhaben (Netzvollendung) erreicht werden.

3.13. Regionaler Personenverkehr (23 bis 24 Millionen ab 2012)

Bei einer Mindestnachfrage von 32 Personen pro Linie und Tag beteiligt sich der Bund an der Bestellung und Abgeltung einer Linie. Mit der Erhöhung dieser Mindestnachfrage auf durchschnittlich 100 Personen pro Linie werden von heute rund 1300 abgegoltenen Linien rund 160 vom Bund nicht mehr mitfinanziert. Betroffen sind naturgemäss vor allem ländliche Regionen und die Berggebiete. Die EVP kann nachvollziehen, dass der Wegfall der Bundesmittel in den betroffenen Regionen und Gemeinden die Suche nach kostengünstigeren Alternativen begünstigen kann. Der Anstieg von 32 auf gleich 100 Personen pro Linie und Tag erscheint ihr aber zu hoch und sie kann diese Massnahme so nicht mittragen. Auch in ländlichen Gebieten gibt es Personen, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind, auch wenn seine komparativen Vorteile natürlich vor allem im Agglomerationsverkehr zum Tragen kommen. Mit der Kürzung des Kredits für den regionalen Personenverkehr um den Betrag, der durch die besseren Konditionen bei der Rollmaterialbeschaffung dank Bundesgarantie erreicht wird, ist die EVP einverstanden.

3.14. Güterverkehr (15 Millionen)

Die EVP lehnt die Kürzung des Kredits für den Bau von Terminalanlagen im kombinierten Verkehr ab, auch wenn er in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft worden ist, sofern verbleibende Kreditreste die Rechnung des Bundes verbessern und nicht zweckgebunden bleiben. Der kombinierte Verkehr hat nach wie vor Nachholbedarf und die Verlagerungspolitik hat ihr Ziel noch nicht erreicht. Mit ein Grund ist die nach wie vor ungenügend ausgebaute, logistisch effiziente Infrastruktur für einen raschen Umschlag mit standardisierten Containern. Es wäre äusserst schade, wenn entsprechende Projekte wegen ausgereizter Bundeskredite verzögert realisiert werden könnten. Auch die verzögerte Erstellung von Anschlussgleisen ist

nicht erwünscht, zumal hier ausreichend Projekte bestehen. Die EVP beantragt deshalb, den gesamten Sparauftrag aus dem Konsolidierungsprogramm zu streichen.

3.15. Umweltschutz (8 bis 15 Millionen)

Die EVP steht den vorgeschlagenen Kürzungen im Umweltbereich sehr kritisch bis ablehnend gegenüber. Sie kann sich mit der Kürzung der freiwilligen Beiträge an internationale Kommissionen und Organisationen einverstanden erklären und allenfalls auch mit der Streichung der im Umweltschutzgesetz vorgesehenen Möglichkeit, die Entwicklung von die Umweltbelastung mindernden Anlagen und Verfahren zu unterstützen, da sich dieses Instrument in der Vergangenheit nicht bewährt hat (Nachfrage nach Fördermitteln hält sich in Grenzen, erhebliche Mitnahmeeffekte, tiefe Rückzahlungsquote). Die EVP ist allerdings der Meinung, dass die so eingesparten Beträge im Rahmen der kostendeckenden Einspeisevergütung eingesetzt werden sollten, da der Nachholbedarf umweltschonender Technologien generell und gerade im Energiebereich unverändert hoch ist. Die EVP lehnt hingegen die angepeilten Einsparungen im Bereich Wald und Wasser ab. Der Waldwirtschaft wird im künftigen Energiemix der Schweiz eine bedeutende Rolle zukommen. Soweit steigende Holzpreise diesen Bedeutungsgewinn wiedergeben, können die Bundesmittel gekürzt werden. Aktuell dürfte dies jedoch noch nicht der Fall sein. Wegen der langen Aufwuchszeiten des Waldes könnte sich eine Streichung heute in ein paar Jahren oder Jahrzehnten energiepolitisch rächen. Die Kürzungen im Bereich Wasser sind definitiv unverantwortlich: die zentrale Ressource Wasser wird künftig aufgrund klimatischer Veränderungen und einem Mehrbedarf gerade in der Landwirtschaft auch in der Schweiz nicht mehr derart selbstverständlich und im Überfluss vorhanden sein wie heute. Auf den Mehrbedarf könnte das fragile und noch wenig verstandene Grundwassersystem mit irreparablen Störungen reagieren, weshalb eine Beschränkung der Forschungsmittel heute alles andere als angezeigt ist.

3.16. Landwirtschaft: Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen (17.3 bis 33.4 Millionen)

Ebenfalls kritisch beurteilt die EVP die Sparvorschläge bezüglich Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen in der Landwirtschaft. Prozentual gehören die Kürzungen bei der Beratungszentrale AGRIDEA und den Beiträgen an die Pflanzen- und Tierzucht zu den höchsten des vorliegenden Konsolidierungsprogramms. Die praxisorientierten Dokumente und die vielen Kurstage der AGRIDEA erleichtern den Bauernfamilien Produktion und Betriebsführung. Es ist angesichts der verlangten Multifunktionalität und des zunehmenden Wettbewerbsdrucks unverständlich, weshalb der Bundesrat das gut funktionierende Zusammenspiel von Beratungskräften in Kantonen und Organisationen mit den Beratungszentralen solcherart aufs Spiel setzen und beschneiden will. Das ist keine kohärente Agrarpolitik. Zudem haben die Beratungszentralen eine geltende Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Landwirtschaft. Die EVP ist klar der Ansicht, dass der Bund die Verbesserung der Produktionsgrundlagen mittels Beratung, Umschulungsbeihilfen und Betriebshilfen unterstützen muss. Allenfalls sind Einsparungen bei den rein strukturerhaltenden Massnahmen denkbar.

Zweitens darf bei der Erhaltung der Kulturpflanzen (Sicherung der Pflanzengenetischen Ressourcen) nicht gespart werden. Die Biodiversität der Kulturpflanzen gehört zu unsern wichtigsten Lebensgrundlagen und muss für die Ernährungssicherung auch für unsere Nachkommen zur Verfügung stehen. Die Schweiz hat in diesem Bereich in den vergangenen Jahren international eine Pionierrolle eingenommen. Der Bund hat beispielhaft in einer engen

Zusammenarbeit mit Privaten Organisationen in den vergangen 10 Jahren eine sehr wertvolle Aufbauarbeit geleistet. Es wäre insbesondere im UNO-Jahr der Biodiversität 2010 nicht zu verstehen, wenn durch eine drastische Kürzung der Mittel gerade in diesem Bereich der Agrobiodiversität die gut angelaufenen Projekte gefährdet und die Bemühungen der letzten Jahre zunichte gemacht würden.

**3.17. Landwirtschaft: Absatzförderung, Marktstützung und Direktzahlungen
(26.5 bis 43.8 Millionen)**

Hingegen unterstützt die EVP die Einsparungen bei der Absatzförderung, den Beihilfen für die Viehwirtschaft und bei den Ausfuhrbeiträgen für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte.

3.18. Verschiedene Massnahmen im EVD (0.1 bis 10.1 Millionen)

Die EVP unterstützt die verzögerten Einlagen in den Fonds für gemeinnützigen Wohnungsbau und den Wegfall der Unterstützung des Schweiz. Tourismusverband. Der gemeinnützige Wohnungsbau ist der EVP ein wichtiges Anliegen. Dennoch rechtfertigt der Kapitalbestand im Fonds die vorgesehene Verzögerung. Der Schweiz. Tourismusverband ist eine breit abgestützte Organisation und sollte den Wegfall des bescheidenen Bundesbeitrags kompensieren können.

3.19. Personal (83.1 bis 117.6 Millionen)

Die EVP begrüsst die Bestrebungen des Bundesrates, den Personalbestand in der Verwaltung ab 2011 um 1% und ab 2013 um 2% zu reduzieren, sofern dieser Abbau zum allergrössten Teil über natürliche Abgänge erfolgen kann. Die stetig an Zahl und Intensität zunehmenden Aufgaben – mögen sie im Einzelfall auch unbedeutend klein sein – lassen die Verwaltung naturgemäss anwachsen. Die EVP erachtet es als notwendig, von Zeit zu Zeit zu überprüfen, auf welche Aufgaben konkret verzichtet werden kann. Diesbezügliche Anpassungen müssen sich zumindest teilweise im Personalbestand niederschlagen. Nicht selten wächst die Verwaltung durch verwaltungsinterne gegenseitige Beschäftigung. Es darf nicht sein, dass die Subventionen in allen Bereichen gekürzt werden, die Verwaltung selber, welche diese Subventionen administriert, hingegen jedes Jahr teurer wird. Es geht keineswegs darum, dass das Gemeinwesen so „fit getrimmt“ wird (sprich vorübergehend und unter übermässiger Belastung der Ressourcen und des Personals leistungsfähiger dargestellt wird, als es eigentlich sein kann), sondern dass es wie bei einem gut gepflegten Obstbaum in regelmässigen Abständen zurückgeschitten und auf ein gesundes Mass zurechtgestutzt wird, auf dass es auch in Zukunft zahlreiche und gute Frucht bringen kann.

Selbstverständlich ist das Aufgabenwachstum nicht nur Schuld der Verwaltung, sondern beginnt mit der Gesetzgebung im Parlament. Hier gilt es zu bedenken, dass die zuweilen überhandnehmende Kontroll- und Regelwut des Staates zwingend zu einem Ausbau der Verwaltung (der per se überhaupt nicht schlecht oder falsch sein muss, aber aus naheliegenden Gründen nicht ewig anhalten kann) führt. Der Staat kann, muss und soll nicht alles regeln, sondern muss getreu dem Subsidiaritätsprinzip viele Dinge in Treu und Glauben der Selbstverantwortung der Individuen übertragen. Diesem Prinzip gilt es wieder vermehrt Rechnung zu tragen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass der Staat in einer Selbstüberschätzung Aufgaben und Bereiche an sich reisst, im Glauben, diese besser regeln zu können, als es die Betroffenen selber tun können. Stattdessen könnten viele Bereiche wie bis anhin auch in Zukunft vor-politisch geklärt werden, und der Staat und die Justiz müssten nur als

letzte Kontrollinstanz auftreten. Typisches Beispiel für eine solche Selbstüberschätzung des Staates sind die (nun allerdings abgeschwächten) Bestimmungen bezüglich der Fremdbetreuung von Kindern durch Verwandte.

3.20. Beratungsaufwand (11 Millionen)

Die EVP begrüsst die Bestrebungen des Bundesrates, den Aufwand für externe Beratung und Expertise zu verkleinern, ist aber der Meinung, dass man hier deutlich weiter gehen muss, als die geplanten 3.9 Prozent pro Jahr. Gute Entscheidungsgrundlagen sind zwar wichtig und unverzichtbar. Die „Gutachtitis“ kostet den Bund aber ein Riesengeld und ist nie das wert, was sie kostet. Zu oft wird mit den teuren Aufträgen letztlich Offensichtliches oder sogar Banales konstatiert und aufbereitet. Zweitens besteht durchaus die Gefahr, dass dem Bund nahestehende Beratungsunternehmen immer wieder zu lukrativen Folgeaufträgen kommen. Ganze Büros leben von ständigen Aufträgen des Bundes. Wer liest alle diese Gutachten? Die EVP ermutigt Bundesrat und Verwaltung vermehrt auf eigene Überlegungen abzustellen und dabei auch den gesunden Menschenverstand zu benutzen, denn auf manchmal nur vordergründig fundiertere, externe Analysen.

Bei der Kürzung des Beratungsaufwands gilt es aber auch zu bedenken, dass damit nicht einfach jene Departemente bestraft werden, die traditionell relativ viele Aufträge extern vergeben zugunsten jener Departemente, welche die mit den entsprechenden Aufgaben betrauten Personen einfach intern anstellen.

3.21. Informatik (43 bis 63 Millionen)

Die EVP begrüsst die Bemühungen, die Gesamtwirtschaftlichkeit der IT-Infrastruktur des Bundes weiter zu verbessern. Sie unterstützt den Mix aus Einsparungen durch die Standardisierung des Büroarbeitsplatzes Bund, die Effizienzsteigerung im Bereich Telekommunikation, die längere Einsatzdauer von Servern sowie den Verzicht oder die Verzögerung von Informatikprojekten durch die einzelne Verwaltungseinheiten.

Gemäss Insidern ist das Effizienzsteigerungspotential der IT in der Bundesverwaltung aber nach wie vor gigantisch. Es gilt, auf Luxuslösungen zu verzichten und diese Potentiale konsequent auszuschöpfen. Zusätzlich regt die EVP an, beim Standard-Arbeitsplatzes des Bundes für Betriebssystem und Office-Programme künftig OpenSource-Software einzusetzen und so zusätzliche Einsparungen zu realisieren.

3.22. Post- und Fernmeldeverkehr: Abgeltung der Provider in der Fernmeldeüberwachung (8.9 Millionen)

Die EVP ist einverstanden mit dem Wegfall der Entschädigung an die Anbieterinnen von Post- und Fernmeldeverkehr für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, wie er von den zuständigen Behörden angeordnet wird.

3.23. Abgeltung für Zeitungstransporte (20 Millionen)

Die EVP lehnt die Aufhebung der indirekten Presseförderung (Verbilligung der Zeitungstransporte) für die Lokal- und Regionalpresse wie auch für die Mitgliedschaftspresse ab. Die Schweiz betreibt im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern keine namhafte direkte oder indirekte Presseförderung, ist jedoch als Kleinstaat mit ungleich grösseren Nachbarstaaten gleicher Sprache stark gefährdet, was Vielfalt und Eigenständigkeit der Medien angeht. Das

betrifft aufgrund der kostenlosen und flächendeckenden Verbreitung vor allem das Fernsehen, in vermindertem Ausmass auch Radio und Presse. Um eine vielfältige und eigenständige Medienlandschaft nach Möglichkeit zu erhalten, sollen die ohnehin bescheidenen Ansätze schweizerischer Presseförderung nicht beschnitten werden. Auch die Mitgliedschaftspresse nimmt eine demokratiepolitisch wichtige Aufgabe für die Meinungsbildung und -aggregation wahr. Im Gegensatz zum Bundesrat erachtet die EVP den Wegfall der verbilligten Zustellung für einige Erzeugnisse durchaus als existenzgefährdend.

3.24. Bundesbeiträge zur Finanzierung von Swissinfo (13 Millionen)

Auf swissinfo.ch produziert die SRG in neun Sprachen ein multimediales Angebot für das Ausland unter spezieller Berücksichtigung der Auslandschweizergemeinde. Mit der Streichung der Bundesbeiträge, welche 50% der Kosten decken, wird swissinfo wohl eingestellt werden müssen. Angesichts der Bestrebungen, Radio und Fernsehen unter einem Dach zu vereinen („Konvergenz“), wäre eigentlich zu erwarten, dass ein gemeinsamer Internetauftritt realisiert werden kann, der Text-, Fernseh- und Radiobeiträge auf einer Plattform vereint. Dies wäre nicht nur für das Publikum überaus attraktiv, sondern auch kostengünstiger gegenüber dem heutigen Zustand, wo jede Einheit ihr eigenes Nachrichtenportal im Internet unterhält. Ein Grundangebot dieses Portals könnte auch auf Englisch, Spanisch oder Portugiesisch angeboten werden, wobei auf die sprachspezifischen Nutzerzahlen der bisherigen Plattform swissinfo.ch zwecks Optimierung des Angebots abgestellt werden kann. Unter der Voraussetzung, dass die SRG mittels Konzession auf ein solches Grundangebot unter Berücksichtigung der Auslandschweizergemeinde verpflichtet werden kann, trägt die EVP die Einsparung der Bundesbeiträge an swissinfo.ch mit.

3.25. Auswanderungsberatung (0.3 Millionen)

Die EVP ist mit der Aufhebung der unentgeltlichen Auswanderungsberatung einverstanden, da es sich hierbei nicht um eine zentrale Staatsaufgabe handelt.

3.26. Gewährung von Bürgschaften in Berggebieten (1.8 bis 2 Millionen)

Angesichts der sinkenden Inanspruchnahme der Bürgschaften und der Konzentration auf einige wenige Kantone unterstützt die EVP die geplante Aufhebung des Bürgschaftswesens im Berggebiet, zumal das revidierte gewerbliche Bürgschaftswesen in der Lage sein wird, die Aufhebung weitestgehend zu kompensieren.

3.27. Weitere ausgabenseitige Entlastungsmassnahmen

Zur Totalrevision des Alkoholgesetzes wird die EVP im Rahmen des separaten Vernehmlassungsverfahrens Stellung nehmen.

4. Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung

Die EVP befürwortet die Aufgabenüberprüfung und misst folgenden zwei Zielen des Bundesrates hohe Bedeutung zu: 1. Bundesausgaben dürfen längerfristig nicht stärker wachsen als gesamtwirtschaftliche Entwicklung. 2. Einzelne Aufgabengebiete müssen sich gemäss spezifischen Wachstumszielen entwickeln. Nur so bleibt Handlungsspielraum erhalten und wird verhindert, dass gesetzlich stark gebundene Ausgaben andere Bundesleistungen, die schwächer verankert, aber ebenfalls wichtig sind, auf kaltem Weg aus dem Budget drängen. Also: die Schuldenbremse gibt das Dach der Ausgaben vor und die in regelmässigen

Abständen vorzunehmende Aufgabenüberprüfung muss die Gewichtung der einzelnen Aufgabengebiete innerhalb dieses Dachs überprüfen. Die EVP wird sich über die nachstehenden Bemerkungen hinaus zu den einzelnen Vorschlägen äussern, wenn die einzelnen Vernehmlassungsvorlagen bzw. Botschaften vorliegen.

4.1. Massnahmen im Bereich Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen

Die EVP bedauert, dass die Parlamentsdienste nicht an der Aufgabenüberprüfung teilnehmen. Sie stellt fest, dass die Parlamentsdienste insgesamt eine hervorragende Arbeit leisten, jedoch kommunikativ recht aktiv sind und mit interaktiven Staatskundeplattformen (www.civicampus.ch, www.tellvetia.ch) und einer aufwändig programmierten Parlamentsgeschichte (www.parlamentsgeschichte.ch) auf sich aufmerksam machen. Die Anwendungen sind gut gemacht und nützlich, keine Frage. Dennoch: es handelt sich um „Nice-to-haves“. Sie waren sicherlich nicht nur in der Erstellung teuer, sondern ziehen auch Personalaufwand nach sich, wenn z.B. bei der Parlamentsgeschichte laufend neue Ereignisse viersprachig nacherfasst werden müssen. Sind einmal Gelder investiert, wird der Ausstieg schwierig. Kürzlich musste die EVP feststellen, dass die Parlamentsdienste neusterdings glauben, auch auf Facebook präsent sein zu müssen. Das ist mehr als ein Gag, sondern zieht entsprechenden Personalaufwand nach sich, weil nun die Anfragen auf dieser Seite alle sorgfältig beantwortet sein wollen.

Die EVP begrüsst die Zentralisierung der Informatikdienste der Bundesverwaltung und regt eine möglichst weitgehende Standardisierung und Beschränkung der verwendeten Hard- und Software an. Mittelfristig ist zu prüfen, in welchem Umfang kostenpflichtige Software durch OpenSource-Lösungen ersetzt werden kann. Das betrifft insbesondere den Standard-Arbeitsplatz (Betriebssystem, Office-Paket).

Die EVP bezweifelt, ob mit dem Programm E-Government Finanzen (elektronische Rechnungsstellung, elektronischer Rechnungsempfang und Kartenzahlung in Internetshops der Bundesverwaltung) tatsächlich Einsparungen erzielt werden können und regt an, nach einer diesbezüglichen Überprüfung allenfalls nur die elektronische Fakturierung, nicht aber E-Rechnung und Kartenzahlung einzuführen. Sie hegt zudem schwere Zweifel am Vorhaben des Bundesrates, ab 2012 nur noch Lieferanten zu akzeptieren, die elektronisch Rechnung stellen (E-Billing). Dies wird bei einigen Lieferanten erhebliche Kosten auslösen und die Bundesverwaltung dürfte vorübergehend Mühe haben, überhaupt für alle Bereiche Lieferanten zu finden, welche bereit sind, diese Dienstleistung anzubieten.

Die EVP unterstützt die Straffung des Portfolios bei den zivilen Bundesbauten, sofern damit erhebliche Einsparungen beim Unterhalt erzielt werden können. Eine einmalige Verscherbeltung des Tafelsilbers ohne längerfristig nachhaltigen Effekt könnte die EVP hingegen nicht unterstützen. Es gilt zu berücksichtigen, inwiefern eine nachher nötige Anmietung von Räumlichkeiten teurer zu stehen kommt, als der Verbleib der Objekte im Bundesbesitz.

Die EVP unterstützt die Überprüfung der Ruhestandsregelung in VBS, EFD und UVEK und regt eine schrittweise Anpassung ans ordentliche Rentenalter an. Derart grosszügige Vorruhestandsregelungen sind nicht mehr zeitgemäss und wurden in der Privatwirtschaft schon mehrheitlich abgebaut. Hier muss auch der Bund nachziehen, zumal es sich nicht bei allen aufgeführten Personalkategorien um Berufe mit erhöhter Anforderung an körperliche

Leistungsfähigkeit handelt und insbesondere dem Grenzwachtkorps, dem Instruktionkorps und den höheren Stabsoffizieren durchaus die Regelarbeitszeit bis 65 zugemutet werden darf.

4.2. Ordnung und öffentliche Sicherheit

Die EVP begrüsst die Bemühungen des Bundesrates, Mehrbelastungen beim Grenzwachtkorps aufgrund der Motion Fehr zu vermeiden.

4.3. Politische Beziehungen zum Ausland

Die EVP begrüsst die Bemühungen des Bundesrates, die verschiedenen Akteure, welche die Landesinteressen im Ausland wahrnehmen, organisatorisch und personell verstärkt zusammenzuführen. Dem EDA muss dabei eine Koordinationsfunktion zukommen. Es ist weder der Sache, noch der finanziellen Situation des Bundes zuträglich, wenn diverse Departemente und Ämter parallel zum EDA ihre eigenen Vertretungen aufzubauen beginnen. Auch die Entflechtung von Bundeshaushalt und Finanzierung der Gebäude der internationalen Organisationen wird wie vorgeschlagen begrüsst: die FIPOI kann die Rückzahlungen der Darlehen vereinnahmen, dafür gewährt der Bund keine Darlehen an die FIPOI mehr.

4.4. Entwicklungszusammenarbeit

Die EVP nimmt zur Kenntnis, dass der Bund eine Aufstockung der Entwicklungshilfe auf mehr als 0.4% des Bruttonationalprodukts momentan als nicht finanzierbar erachtet. Die EVP fordert allerdings mit Nachdruck, dass die Schweiz die Länder des Südes in ihrer Entwicklung und Armutsbekämpfung mit mindestens 0.5% des BNE unterstützt: aus ureigenem Interesse (Migrationsströme), aus humanitären Gründen, aus Dankbarkeit für die guten Verhältnisse, in denen wir aufwachsen und leben dürfen. Wichtig ist, dass die Nachhaltigkeit der Entwicklungshilfe gegeben ist, die Korruptionsbekämpfungen der entsprechenden Regierungen glaubhaft und wirksam sind und dass auch christlich-soziale Hilfswerke unterstützt werden. Um diese Aufstockung finanzieren zu können, will die EVP dem Bund zu neuen Einnahmequellen verhelfen: eine Finanztransaktionssteuer, um die schädlichen Auswirkungen der Spekulation zu dämpfen, der die schwachen Währungen der Entwicklungsländer am wenigsten entgegensetzen haben, oder auch eine zumindest europäisch abgestimmte Kerosinsteuer auch auf Auslandflügen, da die arme Bevölkerung in den Entwicklungsländern unter der sich abzeichnenden Klimaerwärmung am meisten zu leiden haben wird.

4.5. Landesverteidigung

Die EVP unterstützt die Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik. Insbesondere müssen die Betriebskosten der Armee reduziert werden können. Ein erster Schritt wäre der Verzicht auf die sinnlosen letzten WK's, die niemandem mehr nützen und unnötig die Zahl der Diensttage erhöhen. Verbleiben einem Wehrpflichtigen Ende seiner militärischen Laufbahn noch einige Restdiensttage, sind ihm diese konsequent zu erlassen. Um bei sinkenden Mitteln ein mittleres Technologieniveau halten zu können, wird die Armee um eine Senkung der Bestände kaum herumkommen. In diesem Zusammenhang können auch neue Dienstmodelle unvoreingenommen geprüft werden.

4.6. Bildung und Forschung

Die EVP anerkennt die Bedeutung von Bildung und Forschung für Wachstum und Wohlstand in der Schweiz, welche auch vom Bundesrat unterstrichen wird. Angesichts der hohen jährlichen

Zuwachsraten von 6 Prozent der Forschungskredite ist eine gewisse Drosselung dieser Zuwachsraten und Priorisierung der Kredite unvermeid- und vertretbar.

4.7. Kultur und Freizeit

Am Herzen liegt der EVP die J+S-Arbeit, weil sich die unterstützte Arbeit in den Sportvereinen bezüglich Gewaltprävention und Integrationswirkung mehrfach auszahlt und die J+S-Beiträge zahlreiche Angebote der ausserschulischen Jugendarbeit (Stichwort Lager) ermöglicht. Die EVP kann sich mit einem Aufnahmemonitorium für neue Sportarten einverstanden erklären, plädiert aber dafür, die heute zur Verfügung stehenden Fördergelder beizubehalten. Mit der Beschränkung des Studienzugangs an der Eidg. Hochschule für Sport in Magglingen ist die EVP einverstanden. Das vom Parlament bestellte 4. Nationale Sportanlagenkonzept (NASAK) ist auf ein absolutes Minimum zu beschränken. Der Sportanlagenbau darf nicht zur Daueraufgabe des Bundes werden.

Die EVP fordert den Bundesrat dazu auf, auch im Bereich der Kulturförderung eine konsequente Verichtsplanung zu betreiben und eine gewisse Reduktion der Gelder vorzunehmen.

4.8. Gesundheit

Mit einer effizienteren Verwaltung und Verteilung der vom Bund erhobenen Präventionsabgaben durch eine Stelle ist die EVP einverstanden. Von Zeit zu Zeit ist eine Evaluation und Neufokussierung der eingesetzten Mittel unumgänglich. Aktuell scheint es der EVP angezeigt, dass künftig mehr Mittel für die Suizidprävention zur Verfügung stehen.

4.9. Soziale Wohlfahrt

Die EVP unterstützt die vorgezeichnete Stossrichtung einer 12. AHV-Revision weitgehend, sofern die Renten in heutiger Höhe ungefähr erhalten bleiben. Sie begrüsst insbesondere die Einführung einer Fiskalregel: verschlechtert sich die Lage der AHV und gelingt es der Politik nicht, innerhalb einer festgesetzten Frist eine Lösung zu finden, kommen zu gleichen Teilen einnahme- wie ausgabeseitige Massnahmen zum Tragen. Die anhaltende und zunehmende Diskrepanz zwischen gesetzlich vorgesehenem und tatsächlichem Rücktritt aus dem Erwerbsleben muss angegangen werden: durch eine Flexibilisierung des Rentenalters mit klaren Regeln, die dann aber auch von allen Berufen und Arbeitgebern eingehalten werden. Gerade bei den Angestellten im öffentlichen Sektor droht zuweilen eine Zweiklassengesellschaft. Angesichts der steigenden Lebenserwartung sind auch starke Anreize für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben vorzusehen: Heute ist noch nicht einmal sichergestellt, dass weiterarbeiten kann, wer das möchte. Ein gewisser Schutz gegen Kündigung oder „Zwangspensionierung“ ist hier zu prüfen. Schliesslich unterstützt die EVP eine Entkoppelung von Bundesbeitrag und Ausgabenwachstum bei der AHV. Einnahmenseitig fordert die EVP entschieden die Einführung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer zur Finanzierung der sozialen Sicherheit im Allgemeinen und der AHV im Speziellen. Sie kann durchaus mit einer hohen Freigrenze ausgestaltet sein und die direkten Nachkommen entlasten.

4.10. Verkehr

Die EVP begrüsst eine stärkere Verursacherfinanzierung im Verkehr. Allerdings muss diese im Bereich des öffentlichen Verkehrs moderat ausfallen, um das Verlagerungsziel nicht zu

gefährden. Bei der Strasse wäre ein flächendeckendes Road Pricing zwar wünschenswert, wegen der hohen Erhebungskosten hingegen momentan nicht angezeigt. Es ist zu prüfen, inwiefern das gleiche Ziel nicht auch über eine Erhöhung der Mineralölsteuern erreicht werden kann.

Beim Nationalstrassennetz ist nicht einsichtig, weshalb das Netz a) um beinahe 400 Kilometer verlängert werden soll und b) diese Strassen gleich auch für 200 Millionen pro Jahr ausgebaut werden sollen (für wie lange?). Es ist zu prüfen, ob diese Ausbauwünsche tatsächlich zu einer Entlastung beitragen oder ob sie die „Flaschenhälse“ nicht bloss an eine andere Stelle des Netzes verschieben.

Beim regionalen Personenverkehr begrüsst die EVP die Schaffung eines einheitlichen Prüfinstrumentes für die Rentabilität der einzelnen Bahnlinien. Die Aufschiebung des im Behindertengleichstellungsgesetzes vorgesehenen, barrierefreien Zugangs zum öffentlichen Verkehr um 15 Jahre und der vorläufige Verzicht auf die Verbesserung der Sicherheit von Eisenbahntunnels sind zwei dicke Kröten, welche die EVP unter den gegebenen Umständen zu schlucken bereit ist.

Die Auslagerung der Luftverkehrsaufsicht in eine gebührenfinanzierte, öffentlich-rechtliche Anstalt wird von der EVP vorbehaltlos akzeptiert, ja begrüsst.

4.11. Umwelt und Raumordnung

Die EVP ist einverstanden mit dem Verzicht auf die Subventionierung neuer Abwasseranlagen. Das ist Sache der Kantone und Gemeinden. Wo noch keine Anlagen gebaut worden sind, muss der Bund dennoch dafür sorgen, dass dem Gesetz Nachachtung verschafft wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier